

ZwischenRuf

DAS MAGAZIN DES LANDTAGS VON SACHSEN-ANHALT

04|2021



HILFE AUF KREDIT

„Sondervermögen Corona“ auf den Weg gebracht

AUSSTELLUNG: Politische Strafjustiz in der SBZ

BESTELLUNG: Literaturtipps aus der Landtagsbibliothek

EINSTELLUNG: Tag gegen Gewalt an Frauen



LANDTAG VON
SACHSEN-ANHALT

WANN TRIFFT SICH DAS PLENUM?

TERMINÜBERSICHT 2022



	JANUAR					FEBRUAR				MÄRZ					APRIL				MAI					JUNI							
Mo																															
Di	3	10	17	24	31	7	14	21	28	7	14	21	28	4	11	18	25	2	9	16	23	30	6	13	20	27	1	8	15	22	29
Mi	4	11	18	25	1	8	15	22	1	8	15	22	29	5	12	19	26	3	10	17	24	31	7	14	21	28	2	9	16	23	30
Do	5	12	19	26	2	9	16	23	2	9	16	23	30	6	13	20	27	4	11	18	25	5	12	19	26	3	10	17	24	31	
Fr	6	13	20	27	3	10	17	24	3	10	17	24	31	7	14	21	28	6	13	20	27	4	11	18	25	2	9	16	23	30	
Sa	7	14	21	28	4	11	18	25	4	11	18	25	1	8	15	22	29	5	12	19	26	3	10	17	24	31					
So	1	8	15	22	29	5	12	19	26	5	12	19	26	2	9	16	23	30	7	14	21	28	4	11	18	25	5	12	19	26	
	2	9	16	23	30	6	13	20	27	6	13	20	27	3	10	17	24	1	8	15	22	29	5	12	19	26					

	JULI				AUGUST					SEPTEMBER					OKTOBER					NOVEMBER					DEZEMBER						
Mo																															
Di	4	11	18	25	1	8	15	22	29	5	12	19	26	3	10	17	24	31	1	8	15	22	29	4	11	18	25	5	12	19	26
Mi	5	12	19	26	2	9	16	23	30	6	13	20	27	4	11	18	25	2	9	16	23	30	6	13	20	27	6	13	20	27	
Do	6	13	20	27	3	10	17	24	31	7	14	21	28	5	12	19	26	3	10	17	24	7	14	21	28	7	14	21	28		
Fr	7	14	21	28	4	11	18	25	1	8	15	22	29	6	13	20	27	4	11	18	25	8	15	22	29	8	15	22	29		
Sa	1	8	15	22	29	5	12	19	26	2	9	16	23	30	7	14	21	28	5	12	19	26	9	16	23	30	9	16	23	30	
So	2	9	16	23	30	6	13	20	27	3	10	17	24	1	8	15	22	29	6	13	20	27	10	17	24	31	10	17	24	31	
	3	10	17	24	31	7	14	21	28	4	11	18	25	2	9	16	23	30	7	14	21	28	11	18	25	11	18	25			

■ Sitzungen Landtag
 ■ Sitzungen Ältestenrat
 ■ Ferien Sachsen-Anhalt

Plenarsitzungen 2022

- 27./28.01. 22./23./24.06.
- 24./25.02. 08./09.09.
- 24./25.03. 13./14.10.
- 28./29.04. 17./18.11.
- 18./19.05. 13./14./15.12.



06

SONDERVERMÖGEN AUF DEM WEG

Die Landesregierung brachte den Entwurf eines Nachtragshaushaltsbegleitgesetzes 2021 in den Landtag ein. Einer der wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs ist die Errichtung des „Sondervermögens Corona“ mit einem Volumen von 1,95 Milliarden Euro.



10

STRAFJUSTIZ IN DER SBZ

Die Ausstellung, die im Herbst 2022 im Landtag zu sehen sein wird, thematisiert für die Jahre von 1945 bis 1952 das Agieren der sowjetischen Geheimdienste und der Militärjustiz – mit mitunter katastrophalen Folgen auch für Unschuldige.



12

OEBISFELDE-WEFERLINGEN – STADT, FLECKEN, GEMEINDEN

Die Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen im Westen des Landkreises Börde gibt es erst seit dem Jahr 2010. Ihr fast 250 Quadratkilometer großes Terrain ist von jeher eine Grenzregion – in guten wie auch in schlechten Zeiten.

SPLITTER

4 | Mit den Landtagsgästen einmal um die Welt

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger hat im November drei Botschafter im Landtag begrüßt. Sie bringen stets viel internationales Flair mit ins Parlament von Sachsen-Anhalt.

4 | „Ein Schritt zum Frieden in der Welt“

Am zweiten Novembersonntag wird der Volkstrauertag begangen. Auch in Sachsen-Anhalt wurde der Opfer von Krieg und Vertreibung gedacht.

AUS DEM PLENUM

8 | Energie muss bezahlbar bleiben

Wie können die Bürger bei den gestiegenen Energiepreisen entlastet werden? Über mögliche Maßnahmen diskutierten die Abgeordneten auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE und eines Alternativantrags der Grünen.

9 | Keine Deckelung mehr?

Da Parkraum in den Innenstädten begrenzt ist, sollte es in den Händen der Kommunen liegen, Festlegungen hinsichtlich ihrer Parkraumbewirtschaftung eigenverantwortlich zu treffen, befindet die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag.

WEITBLICK

16 | Tipps aus der Landtagsbibliothek

Mit „Die Unterschätzten“, „Terror gegen Juden“, „Das besondere Land an der Mittelelbe“ und „Sprachliche Höflichkeit“ ist neuer Lesestoff in der Bibliothek des Landtags eingetroffen.

RÜCKBLICK

18 | Häusliche Gewalt nimmt zu

Jede dritte Frau in Deutschland wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt. Das belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Und während der Pandemie wird es nicht besser.

IMPRESSUM

Herausgeber

Der Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

Auflage und Erscheinen

10 000 Exemplare, vierteljährlich

Redaktion/Bestelladresse

Landtag von Sachsen-Anhalt
Referat Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6–9, 39104 Magdeburg
Fon: 0391 560-0
Fax: 0391 560-1123
www.landtag.sachsen-anhalt.de
landtag@lt.sachsen-anhalt.de

Redaktion

Ulrich Grimm (Ltg.), Stefanie Böhme, Dr. Daniel
Bohse, Beate Grau, Dr. Stefan Müller, Gudrun Oelze,
Michael Rahmfeld

Fotos & Grafiken

Titelseite: studio v-zwoelf/stock.adobe.com
Seite 2: Stefanie Böhme
Seite 3: studio v-zwoelf/stock.adobe.com (l.),
Stiftung Gedenkstätten Sachsen-
Anhalt (M.), Gudrun Oelze
Seite 4: Stefanie Böhme, Dr. Stefan Müller
Seite 6: studio v-zwoelf/stock.adobe.com
Seite 8: Ingo Bartussek/stock.adobe.com
Seite 9: JackF/stock.adobe.com
Seite 10–11: Stiftung Gedenkstätten
Sachsen-Anhalt
Seite 12–15: Gudrun Oelze
Seite 16–17: Verlage Econ, Berlin, Stekovics, Narr
Francke Attempto/utb
Seite 18: Stefanie Böhme
Seite 19: Henning Kreitel (l.),
Leo-Baeck-Institut
Seite 20: Li Ding/stock.adobe.com

Satz & Gestaltung

genese Werbeagentur GmbH
www.genese-md.de

Druck

Harzdruckerei GmbH
www.harzdruckerei.de

Redaktionsschluss

22. November 2021. Dieses Magazin dient der
Öffentlichkeitsarbeit des Landtags von Sachsen-
Anhalt. Es wird kostenfrei verteilt. Es darf weder
von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern
während eines Wahlkampfes zum Zwecke der
Wahlwerbung verwendet werden.

Mit den Landtagsgästen einmal um die Welt



Drei Botschafter waren im November zu Gast im Landtag.

Einmal um die ganze Welt... ist seit jeher für viele Menschen ein großer Traum. Manche von Ihnen werden jetzt vielleicht sogar schon den Schläger von Karel Gott summen. Während der Corona-Pandemie ist es mit dem Reisen zwar sehr viel schwieriger geworden. Dennoch bringen Gäste aus aller Welt regelmäßig ein bisschen internationales Flair in den Landtag. Im November hat Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger gleich drei Botschafter (Tschechische Republik, Republik Georgien und Japan) empfangen. Die Herren absolvierten ihren Antrittsbesuch in Sachsen-Anhalt und sprachen vor allem über mögliche gemeinsame Projekte im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich. Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger erklärte zur Bedeutung der Botschafter-Besuche: „Mein Ziel ist es jedes Mal, unseren Gästen aus aller Welt die Schönheiten und Potenziale unseres Landes zu präsentieren. Persönliche Gespräche sind dabei äußerst wichtig.“

Stefanie Böhme

„Ein Schritt zum Frieden in der Welt“

Aber das Leben steht im Zeichen der Hoffnung“, heißt es im traditionellen Totengedenken, das anlässlich des Volkstrauertags gehalten wird und das in diesem Jahr von Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger gesprochen wurde. Es erinnert an die Millionen Opfer von Krieg, Vertreibung und anderer Gewaltkonflikte. Sachsens zentrale Gedenkstunde, organisiert vom Landesverband im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, fand in Magdeburg statt – wegen der coronabedingten Umbauten in diesem Jahr nicht im Plenarsaal des Landtags, sondern in der Staatskanzlei. Die gemeinsame Kranzniederlegung fand wiederum auf dem Magdeburger Westfriedhof statt. Das Gedenken am 14. November 2021 stand in Sachsen-Anhalt unter dem Motto „Jede zur Versöhnung ausgestreckte Hand ist ein Schritt zum Frieden in der Welt“. Größere und kleinere Gedenkveranstaltungen sowie Bildungs- und Begegnungsprojekte fanden bundesweit statt.



Kranzniederlegung am Volkstrauertag auf dem Magdeburger Westfriedhof.

Dr. Stefan Müller

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

aus dem Licht am Ende des Tunnels, das sich am Ausgang des letzten Jahres abzeichnen schien, ist mittlerweile eine lange Röhre geworden. Immer mal gab es ein Fensterchen, das viel Licht (und also Hoffnung) hereinließ, aber so ein Virus, das selbst um sein Überleben kämpft und per Mutation dafür sorgt, sich weiterzuverbreiten, das schert sich eben nicht um Hoffnung und Wünsche oder darum, dass es nun doch „endlich mal genug ist“ mit dem ganzen Corona. Denn genug – davon dürfte jeder wohl überzeugt sein – haben davon alle auf der ganzen Welt. Wieder ein Weihnachtsfest mit Corona im Schlepptau – und wie mühsam die AHA-Regeln bisweilen auch sind, am Ende schützt man sich selbst und – wichtiger noch: alle anderen. Findet auch Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger: „Ich bitte Sie voller Zuversicht: Lassen Sie sich impfen! Gehen Sie zum Boostern!“

Und so geht dieses Jahr zu Ende, in dem wir größtenteils aus dem Homeoffice zurück ins Büro oder zur Arbeitsstätte gekommen sind, in dem es mit den Impfungen bergauf ging und die dann stagnierten, in dem die Inzidenzzahlen auf einen so niedrigen Wert fielen, dass die Hoffnung nicht unbegründet schien, dass alles bald überstanden sein könnte, die dann jedoch wieder so rasant anstiegen, dass einem schwindlig werden konnte. Mögen die letzten Wochen und Tage bis zum Weihnachtsfest davon bestimmt sein, dass wir wieder dieses Licht am Ende des Tunnels sehen! Und dann stürmen wir darauf zu.

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat in seiner November-Sitzungsperiode einen Nachtragshaushalt diskutiert, der von

der Landesregierung eingebracht worden ist. Ein wesentlicher Punkt dieses Plans ist die Schaffung eines sogenannten Sondervermögens Corona, das – man kann es sich bereits durch den Namen denken – dazu berufen ist, Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Was die Landesregierung und die Fraktionen des Landtags darüber denken, können Sie auf unserer Doppelseite 6/7 nachlesen.

Unsere Landesreisende Gudrun Oelze hat sich dieses Mal nach Oebisfelde aufgemacht und Informationen und Bilder von diesem Flecken Sachsen-Anhalt mitgebracht. Der Landtag zeigt im Dezember die Ausstellung „Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt“, die von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt initiiert und als Kooperationsprojekt der Gedenkstätten „Roter Ochse“ Halle (Saale), Moritzplatz Magdeburg und Deutsche Teilung Marienborn unter Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt gezeigt wird. Mehr dazu lesen Sie auf unserer Doppelseite 10/11. Und unsere Landtagsbibliothek versorgt sie pünktlich zu den ruhigen Tagen mit neuem Lesestoff.

Wir wünschen Ihnen nun einen besinnlichen Jahresausklang mit allem Drum und Dran. Möge der Weihnachtsmann mit einem Hoho! AHA! Hoho! nicht sparsam umgehen.

Bleiben Sie uns treu!

Ihre
Zwischenruf-Redaktion



Sondervermögen auf dem Weg

Die Landesregierung brachte den Entwurf eines Nachtragshaushaltsbegleitgesetzes 2021 in den Landtag ein. Einer der wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs ist die Errichtung des „Sondervermögens Corona“ mit einem Volumen von 1,95 Milliarden Euro.



Mit dem „Sondervermögen Corona“ sollen im Zuge der Pandemie notwendige Ausgaben finanziert werden.

Das Sondervermögen soll der Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie dienen. In einem zweiten Nachtragshaushaltsgesetz, ebenfalls von der Landesregierung eingebracht, sollen vor allem die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen zur Einrichtung des Sondervermögens geschaffen werden. Parallel legte die Landesregierung einen Entschließungsantrag zur Bekämpfung der unmittelbaren Auswirkungen der Pandemie vor. In diesem wird sich für die Aufnahme von Krediten in Höhe von 2,6 Milliarden Euro ausgesprochen.

Die Landesregierung habe mit dem Gesetzentwurf einen Weg entwickelt, wie das Land die Pandemie überwinden und daraus gestärkt hervorgehen könne, erklärte Finanzminister Michael Richter

(CDU), um die Aufnahme neuer Kredite werde man allerdings nicht herumkommen. In außergewöhnlichen Notsituationen – die Corona-Pandemie sei eine solche – sei dies auch vor dem Hintergrund der in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse (Haushaltsaufstellung ohne Aufnahme neuer Kredite) möglich. Alle Corona-Maßnahmen belasteten den Landeshaushalt erheblich, beispielsweise neue Hygienestandards und die Weiterentwicklung der Krankenversorgung.

Im Zuge des Sondervermögens Corona hat die Landesregierung einen Maßnahmenplan mit sechzig Einzelpunkten erstellt, die zwischen 2022 und 2027 umgesetzt werden sollen, darunter die Stärkung der Universitätskliniken des Landes, die Digitalisierung der Landesverwaltung, das Aufholen der Lernrück-

stände von Kindern und Jugendlichen, der Einbau von Luftfiltern in Schulen und die Förderung der Pflegeberufe. Alle Maßnahmen sollen spätestens im Juni 2022 gestartet werden.

Der Landesrechnungshof achte darauf, pandemiebedingte Kreditaufnahmen kritisch zu begleiten, sagte Richter, das halte er auch für richtig. Die Ausgestaltung des Sondervermögens sei maßvoll und dennoch mangle es nicht an Entscheidung. Während das Corona-Sondervermögen in Hessen verfassungsrechtliche Bedenken aufgeworfen habe (zu hoch für zu wenige Maßnahmen), sei die Rechtmäßigkeit des Sondervermögens in Sachsen-Anhalt gegeben, betonte Richter. Für jede der sechzig Maßnahmen sei ein Zusammenhang mit der Corona-Pandemie belegt.

Die Landesregierung wolle das Sondervermögen nutzen, um die Schuldenbremse auszuhebeln und einen Schattenhaushalt aufzustellen, der sich gegen zukünftige Generationen richte, erklärte Dr. Jan Moldenhauer (AfD). Der Schuldenstand des Landes sei ohnehin schon auf über 21 Milliarden Euro gestiegen, die Kinder- und Altersarmut habe eine beschämende Höhe erreicht, in den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt sei viel zu wenig investiert worden. Der Haushalt sei ohne neue Schulden zu erstellen, erinnerte Moldenhauer. Die aktuelle desolante finanzielle Lage sei allerdings weniger ein Ergebnis der Corona-Pandemie, sondern ein Resultat der Politik der letzten Jahre. Es werde eine „vorgebliche Notsituation“ skizziert, für die Maßnahmen bis zum Jahr 2027 finanziert werden sollen. Die Landesregierung nehme „einen kräftigen Schluck aus der Schuldenpulle“, um Geld in Jahren auszugeben, in denen es gar keine Notsituation mehr gebe. Dies sei keine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Die Verbindung der aufgeführten Maßnahmen zur Corona-Lage sei nicht immer nachvollziehbar. Die AfD stimme einer Überweisung in die Ausschüsse nicht zu, sie behalte sich zudem eine „Klage gegen den geplanten Schattenhaushalt“ vor, so Moldenhauer.

Der Entwurf des Nachtragshaushalts zeige die Handlungsfähigkeit und Kraft der Koalition, betonte Rüdiger Erben (SPD). Man wolle das Land für künftige Pandemien fitmachen und mit einer beherrzten Finanzpolitik die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Die Maßnahmen sollen schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. Darunter befinden sich unter anderem 975 Millionen Euro, die für die Stärkung des Gesundheitssystems (besserer Zugang zu Gesundheitsleistungen, neue medizinische Großgeräte) und 719 Millionen Euro für die Digitalisierung des Landes. 400 Millionen Euro sollen in den Neustart von Wirtschaft und Gesellschaft fließen. Die Pandemiebekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sagte

Andreas Henke (DIE LINKE), der Entwurf der Landesregierung werde kritisch begleitet. Der Doppelhaushalt 2020/2021 sei nicht geeignet gewesen, den Folgen der Pandemie vollumfänglich begegnen zu können. Die Einrichtung des Sondervermögens – auch abseits der „schwarzen Null“ im Haushalt – hätte schon viel früher erfolgen müssen. Die Folgen der Pandemie und des Lockdowns würden noch einige Jahre zu spüren sein. Zwei Drittel des Sondervermögens würden durch zwei Ministerien ausgereicht. Manche Mittelzuteilungen seien noch zu hinterfragen, so Henke. Seine Fraktion plädiere schon jetzt für eine größere Stärkung der Kommunen durch mehr Investitionsförderung und ein schnelleres Agieren in den Schulen des Landes. Auch der ÖPNV brauche mehr Geld, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abfedern zu können.

Man wolle eine ausgewogene und stabilitätssichernde Finanzpolitik sicherstellen, erklärte Jörg Bernstein (FDP). Manche Probleme habe das Land schon vor Corona gehabt. In den vergangenen Jahren sei es durch die Landesregierung versäumt worden, weitere Rücklagen zu bilden, bestehende seien sogar aufgebraucht worden. Das Land schiebe einen enormen Investitionsstau vor sich her. Mit dem von der Landesregierung aufgestellten Maßnahmenpaket sollen unter anderem der Gesundheitssektor und die Verwaltung pandemiesicher gemacht werden. Alle Maßnahmen müssten jedoch einen eindeutigen Corona-Bezug haben, so Bernstein. Das Sondervermögen dürfe kein Freibrief für eine expansive Haushaltspolitik sein. Man müsse Maßnahmen ergreifen und Unterstützung bei belegbaren Investitionen leisten, um wieder aus der Krise herauszukommen, müsse dabei aber auch generationengerecht haushalten.

Mit dem zweiten Nachtragshaushalt komme ein ungewöhnliches Element in der Geschichte der Finanzpolitik des Landes zum Einsatz, stellte Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest. Noch

nie seien in Sachsen-Anhalt mehr Schulden auf einmal aufgenommen worden, insgesamt seien es so viele Schulden wie insgesamt seit dem Jahr 2005. Bei einigen Maßnahmen fehle der Corona-Bezug; die Digitalisierung des Landes sei beispielsweise auch ein Thema jenseits der Pandemie, so Meister. Seine Fraktion dränge zu einer zukunftsverantwortlicheren Haushaltsführung. Natürlich sei die Wirtschaftsförderung wegen Corona-Schäden nötig, aber man müsse im Haushalt auch für Themen wie Klimawandel, Agrarwende, Verkehrswende und Waldumbau eine Lösung vorlegen.

Die Ergebnisse der Novembersteuerschätzung zeigten, dass die Minder-einnahmen des Landes „nur“ bei 135 Millionen Euro lägen, sagte Guido Heuer (CDU). Der zuvor geschätzte Minderbetrag von 66 Millionen Euro bei den Gewerbesteuern der Kommunen liege nun bei „nur“ 22 Millionen Euro. Die Differenz von 44 Millionen Euro sollten als Investitionspauschale an die Kommunen ausgereicht werden, schlug Heuer vor. Das bundesweite Infektionsgeschehen zeige, dass die Pandemie noch lange nicht bewältigt sei, so Heuer. Er erwarte nun deutliche Signale von der Bundesregierung. Es werde immer wieder Krisen wie die Corona-Pandemie geben (Hochwasserkatastrophe, Flüchtlingskrise), deswegen müsse die Tilgung von neu aufgenommenen Schulden in einem überschaubaren zeitlichen Rahmen gehalten werden. Die von der Landesregierung aufgestellten Maßnahmen müssten zwingend einen direkten Corona-Bezug haben. Die eingeplanten Mittel sollen investiv eingesetzt werden, zudem sollen die Maßnahmen und Mittel in die Zukunft gerichtet sein und der Krisenfestigkeit des Landes dienen.

Im Anschluss an die Debatte wurden die beiden Gesetzentwürfe und der Entschließungsantrag in alle Ausschüsse (außer Petitionen) überwiesen. Der Finanzausschuss agiert federführend, die anderen kommen mitberatend zum Einsatz.

Dr. Stefan Müller

Energie muss bezahlbar bleiben

Wie können die Bürger bei den gestiegenen Energiepreisen entlastet werden? Über mögliche Maßnahmen diskutierten die Abgeordneten auf Basis eines Antrags der Fraktion DIE LINKE und eines Alternativantrags der Grünen.



Der Landtag diskutierte darüber, wie Bürger bei den zu erwartenden hohen Energiepreisen entlastet werden können.

(AfD). Dem Maßnahmenkatalog im Antrag könne er entnehmen, dass vieles gut gemeint, aber eben nicht gut gemacht sei, in einigen Vorschlägen sah er „Sozialismus und Planwirtschaft in Reinkultur“. Dies lehne seine Fraktion ab.

Andreas Silbersack (FDP) warb dafür, die Stromsteuer zu senken und die EEG-Umlage auslaufen zu lassen. Die Preise für Strom, Wärme und Kraftstoffe seien „tatsächlich auch eine soziale Frage“. Die Antwort könne jedoch nicht mehr Staat und Planwirtschaft sein, sondern laute mehr freie Marktwirtschaft.

Der Änderungsantrag der Grünen ziele, anders als der Antrag der Linken, einzig auf die Landesebene, um Stromsperrern und übermäßige Härten zu verhindern, erklärte Susan Sziborra-Seidnitz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Demnach sollten Energieberatungsangebote ausgebaut und Stromsperrern nicht vor Feiertagen, dem Wochenende und in Kälteperioden geschaltet werden. Denn letztlich gehe es dabei „um die Wahrung der Würde des Einzelnen“, so die Grünen-Abgeordnete.

Im Anschluss an die Debatte haben die Abgeordneten die Anträge in den Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt, den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung sowie den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus überwiesen.

Stefanie Böhme

Energie drohe insbesondere für ärmere Menschen zum Luxusgut zu werden, kritisierte Kerstin Eisenreich (DIE LINKE). Daher sei es unbedingt notwendig, die Energiepreise zu deckeln, andere Länder hätten dies bereits vorgemacht. Sparappelle für ärmere Menschen seien „blanker Hohn“, weil sich diese sowieso schon beim Heizen und Tanken einschränken müssten. Vorgeschlagene Maßnahmen der Fraktion DIE LINKE sind daher unter anderem die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Energie-, Heiz-, Brenn- und Kraftstoffpreise und das gesetzliche Verbot von Stromsperrern.

Sozialministerin Petra Grimm-Benne (SPD) erklärte, um betroffenen Bürgern zu helfen, wären separate Zuschüsse oder Anpassungen bei den Sozialleistungen denkbar. Die Absenkung der Stromsteuer, die auch klimapolitisch sinnvoll sei, befürwortete sie ebenfalls. Dem schloss sich Juliane Kleemann (SPD) an und ergänzte, dass sicher jeder den Titel des Antrags der Linken „Niemand

soll frieren!“ grundsätzlich unterschreiben würde. Darüber hinaus verwies sie, wie die Ministerin, auf die bestehenden Energieagenturen und Verbraucherzentralen, die kostenlose und umfangreiche Beratungsangebote unterbreiteten, um den Verbrauch zu senken.

Um die Preise zu senken und stabil zu halten, plädierte Sandra Hietel (CDU) für mindestens eine Senkung der EEG-Abgabe, langfristig sollte diese komplett abgeschafft werden. Außerdem stellte sie fest, dass bei Leistungen im Regelbedarf SGB II Zuschüsse für Heizung und Unterkunft gar nicht enthalten seien und bereits jetzt grundsätzlich bedarfsorientiert und nicht pauschal ausbezahlt würden. Zudem würde niemand einfach der Strom abgeschaltet, zuvor erfolge immer eine Information und Belehrung der Bürger.

DIE LINKE würde zwar oftmals die Probleme der Bürger erkennen, aber es fehle ihr an der entsprechenden Wirtschaftskompetenz, kritisierte Jan Scharfenort

Keine Deckelung mehr?

Da Parkraum in den Innenstädten begrenzt ist, sollte es in den Händen der Kommunen liegen, Festlegungen hinsichtlich ihrer Parkraumbewirtschaftung eigenverantwortlich zu treffen, befindet die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag.

Die Deckelung der Parkgebühren (höchstens ein Euro je Stunde) sei im Hinblick auf die allgemeine Preisentwicklung nicht zu rechtfertigen, so die Grünen in ihrem Antrag. Die Fraktion DIE LINKE brachte einen Änderungsantrag ein, durch den in diesem Zusammenhang der ÖPNV vorangebracht werden soll.

Entscheidungen sollten im Sinne der Subsidiarität auf der niedrigsten Handlungsebene getroffen werden, sagte Cornelia Lüddemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dies gelte auch für die Gestaltung der Parkgebühren. Die Deckelung der Gebühren beschneide die Möglichkeiten für kommunale Mobilitätskonzepte. Die Parkgebühren könnten als Stellschraube für die Mobilitätswende genutzt werden. Im Vergleich zu den Fahrpreisen im ÖPNV seien diese bisher nämlich nur minimal gestiegen.

Die Regelungen seien zuletzt 2001 angepasst worden, ein Änderungsbedarf werde erkannt, sagte Dr. Lydia Hüskens (FDP), Ministerin für Infrastruktur und Digitales. Sie empfahl, sachgerecht über den Antrag im Ausschuss zu diskutie-

ren und gemeinsam mit den Kommunalvertretern über die mögliche Höhe von Parkgebühren zu sprechen.

Die Grünen hätten mit ihrem Antrag eine lupenreine Großstadtperspektive eingenommen, sie wollten die Pkws aus den Städten vergraulen, die Menschen im ländlichen Raum, die auch auf die Leistungen in den Mittel- und Oberzentren angewiesen seien, spielten allerdings keine Rolle in dem Plan, kritisierte Detlef Gürth (CDU).

Sachentscheidungen sollten dort getroffen werden, wo sie zur Geltung kämen, meinte Jan Scharfenort (AfD). Das im Antrag der Grünen geschilderte Anliegen sei grundsätzlich richtig, allerdings seien Begründung und Ziel des Antrags rein ideologischer Natur. Die Bürger würden stärker zur Kasse gebeten werden. Dabei würden viele Menschen bereits um ihre finanzielle Existenz bangen.

Der Antrag der Grünen gehe grundsätzlich in die richtige Richtung, an den Preisen von 1992 sollte man etwas machen, meinte Dr. Falko Grube (SPD). Beim Thema Anwohnerparkplätze zeigte

sich Grube kritisch. Vor dem Hintergrund der Gentrifizierung sollte den Leuten mit geringem Einkommen, aber gutem Wohnumfeld im Stadtzentrum nicht noch mehr Geld aus der Tasche gezogen werden.

Das Anliegen des Antrags der Grünen erfasse das eigentliche Problem nicht, kritisierte Guido Henke (DIE LINKE). Wolle man den Pkw-Verkehr zurückdrängen, müsste der ÖPNV massiv ausgebaut werden. Von dem Stand, dass man den eigenen Pkw stehenlassen könne, um auf den ÖPNV umzusteigen, sei man im Land noch Jahrzehnte entfernt, sagte Henke. Der Alternativantrag der Linken könnte diesen Mangel heilen, mutmaßte er.

Mehr Entscheidungen vor Ort fänden die Freien Demokraten gut, befand Kathrin Tarricone (FDP). Der wirtschaftliche Wert der Immobilie Parkplatz habe zugenommen. Die weniger Wohlhabenden, die auf ihren Pkw angewiesen seien, gerieten aber bei einer starken Erhöhung der Parkkosten ins Hintertreffen. Eine völlige Freigabe der Bestimmung dieser Gebühren würde von den Freien Demokraten kritisch betrachtet, so Tarricone.

Im Anschluss an die Debatte wurden der Antrag der Grünen und der Alternativantrag der Linken in die Ausschüsse für Infrastruktur und Digitales (federführend) und für Wirtschaft und Tourismus sowie für Inneres und Sport (jeweils mitberatend) überwiesen.

Dr. Stefan Müller

Eine Frau zieht an einer Parkuhr ein Ticket. Sollten die Kommunen selbst über die Preise bestimmen?



Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt

© 2021 Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

Ein Kooperationsprojekt der Gedenkstätten ROTER OCHSE Halle (Saale), Moritzplatz Magdeburg
und Deutsche Teilung Marienborn, gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

#moderndenken

Mit freundlicher Unterstützung durch das Bundesarchiv (BArch), den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), die Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, das Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), das Russische Staatsarchiv für Film- und Fotodokumente (RGAKFD), die National Archives Records Administration (NARA), das Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA), Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin, die Stadtarchive Halle (Saale), Magdeburg, Schönebeck (Elbe) und Tangermünde, das Archiv der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (UAH), das Deutsche Historische Museum (DHM), das Kulturhistorische Museum Merseburg, das Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdSD), das Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau, die Gedenkstätte Bautzen, die Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, die Initiative Lager Mühlberg e.V., Edda Ahrberg, Cobbel, Matthias J. Maurer, Halle (Saale) und Peter Wetzel, Merseburg.
Texte: Dr. Daniel Bohse, Dr. André Gursky, Michael Viebig | Redaktion: Michael Viebig, Matthias Ohms, Dr. Daniel Bohse, Dr. André Gursky, Susanne Kubenz, Sophie Madeleine Voß | Gestaltung: fienhof grafik+verlag – Steffen Wendt

Zu den bei der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt vorgehaltenen und pädagogisch betreuten Leihausstellungen ist im Jahr 2021 ein neues Angebot hinzugekommen: die Wanderausstellung „Politische Strafjustiz in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR – Sachsen-Anhalt“. Die Vorbereitungen für dieses Ausstellungsprojekt liefen bereits seit 2014. Ab 2022 soll sie durch das Land Sachsen-Anhalt – und bei Nachfrage auch gern über die Landesgrenzen hinaus – wandern. Aktuell wird sie in der Gedenkstätte „Roter Ochse“ Halle (Saale) gezeigt, im Herbst 2022 wird sie im Landtag von Sachsen-Anhalt zu sehen sein.

Die Ausstellung thematisiert für die Jahre von 1945 bis 1952 das Agieren der sowjetischen Geheimdienste und

der Militärjustiz, die nach Kriegsende in den von der Roten Armee besetzten Gebieten Mittel- und Ostdeutschlands, darunter auch im heutigen Sachsen-Anhalt, die politische Strafjustiz verantworteten. Das Territorium der im Juli 1945 auf sowjetischen Befehl gegründeten Provinz Sachsen, ab Ende 1946 Sachsen-Anhalt, die bis zur Aufteilung der DDR in Bezirke im Juli 1952 Bestand hatte, bildet den Bezugsrahmen für die neue Ausstellung. Diese kann für sich in Anspruch nehmen, erstmals für ein gesamtes Bundesland die Massenverhaftungen und Aburteilungen deutscher Zivilistinnen und Zivilisten zu veranschaulichen, die auf Beschlüssen der alliierten Siegermächte basierten, aber auch aus der Absicherung der sowjetischen Besatzungsmacht und der von ihr betriebenen gesellschafts- und

wirtschaftspolitischen Umgestaltung der Verhältnisse in Mitteldeutschland resultierten.

Immerhin sind allein für die Massenverhaftungen der Jahre 1945/46 mehr als 12 000 im Gebiet des damaligen Sachsen-Anhalts betroffene Männer, Frauen und Jugendliche dokumentiert. Etwa 2 600 weitere Fälle betreffen Menschen, die von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zu in der Regel mehr als zehn Jahren Lagerhaft abgeurteilt wurden, davon in mindestens 289 Fällen zum Tode.

Die Exposition besteht aus einführenden Themen- sowie Biografietafeln, die Personen vorstellen, die von den sowjetischen Sicherheitsapparaten inhaftiert sowie zu Opfern der sowjetischen Militärjustiz wurden.



Die Thementafeln (siehe oben) stellen nicht nur die Grundzüge der sowjetischen Besatzungsherrschaft in Mitteldeutschland vor. Sie geben ebenfalls einen Überblick über das von den verschiedenen Sicherheitsapparaten und Geheimdiensten etablierte und ganz Sachsen-Anhalt überziehende Netz von Haftorten, darunter auch die sowjetischen Speziallager, in denen mehr als ein Drittel der 120 000 Insassen die unsäglichen Haftbedingungen nicht überlebte.

Sie rücken auch jene Personengruppen und Aspekte in den Fokus, bei denen die Besatzungsmacht strafrechtliche Ermittlungen führte, die Betroffenen anklagte und von Militärtribunalen aburteilen ließ. Darunter fielen aber auch Formen von vermeintlich und tatsächlich widerständigem sowie nonkonformem Verhalten, im Kontext des heraufziehenden Kalten Krieges auch Kontakte in die westlichen Besatzungszonen sowie pauschal unterstellte Verbindungen zu den Westmächten und deren Geheimdiensten. Die sowjetische Rechtsauffassung bezüglich der Zuständigkeit ihrer Militärjustiz glich der deutschen im Hinblick auf die der Wehrmachtjustiz: Sie betraf auch sämtliche im Kriegszustand befindlichen besetzten Gebiete. Das galt aus sowjetischer Sicht bis 1955 auch für die DDR. Ab Oktober 1949 standen diese Verfahren aber im Widerspruch zum DDR-Recht.

Die für die Ausstellung ausgewählten Fallbeispiele bieten lokalhistorische Bezüge für sämtliche Regionen in Sachsen-Anhalt. Zudem stehen die Porträtierten, insbesondere jene auf den Biografietafeln, exemplarisch für die maßgeblich von Internierung bzw. Aburteilung betroffenen Personengruppen. Sie stellen unter anderem Männer

und Frauen vor, die nach Kriegsende unter die Internierungskriterien des sowjetischen Geheimdienstes NKWD fielen und von diesem, ohne verurteilt worden zu sein, über Jahre in den sowjetischen Speziallagern festgehalten wurden. Mehrheitlich waren das niedere Funktionäre nationalsozialistischer Organisationen sowie Angehörige des öffentlichen Dienstes, aber auch zahlreiche Jugendliche, die verdächtigt wurden, als Mitglieder von sogenannten Werwolf-Gruppen Widerstandshandlungen gegen die Besatzungsmacht vorzubereiten.

Anhand der ausgewählten Fallbeispiele zeigt die Ausstellung auf, dass die Bandbreite der als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zur Anklage gebrachten Tatvorwürfe sehr groß war, mehrere Hundert an NS- und Kriegsverbrechen oder an der Misshandlung ausländischer Arbeitskräfte Beteiligte, aber auch diesbezüglich Unschuldige umfasste.

Weitere in der Wanderausstellung dargestellte Themenfelder betreffen die Bekämpfung der Sozialdemokratie sowie von selbstbewussten Vertretern der als bürgerliche Oppositionsparteien angesehenen Liberaldemokratischen Partei und der CDU. Schließlich betrachtete es die sowjetische Besatzungsmacht als vordringliches Ziel, die Etablierung eines durch das sowjetische Vorbild geprägten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems abzusichern, indem die SED als kommunistische Kaderpartei allumfassend unterstützt wurde. Sozial-, Liberal- und Christdemokraten, die dieser vorbestimmten Entwicklung im Weg standen, mussten mit Verhaftungen sowie Aburteilungen rechnen, in der Regel wegen antisowjetischer Propaganda und Gruppenbildung sowie oftmals pauschal unterstellter Spionage für westliche Geheimdienste.

Dass es vielerorts tatsächlich zu Widerstandsaktionen bzw. zu Zusammenschlüssen von Kritikerinnen und Kritikern und erklärten Gegnerinnen und Gegnern der Sowjetisierung und SED-Herrschaft kam, wird in der Ausstellung in einem größeren Part thematisiert: Viele dieser als illegal betrachteten Gruppierungen wurden vom sowjetischen Geheimdienst, zum Teil in Kooperation mit der deutschen Kriminalpolizei und ab Anfang 1950 auch mit dem DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS), aufgedeckt. Hieraus resultierten Hunderte Aburteilungen durch Militärtribunale. Die Tatvorwürfe betrafen in vielen Fällen das Verbreiten von zumeist über West-Berlin eingeschleusten Flugblättern verschiedener Organisationen, die die Unterdrückungspraxis in der sowjetischen Zone anprangerten.

Alle in der Ausstellung porträtierten Opfer der sowjetischen Militärjustiz eint, dass sie in der Regel aufgrund pauschal erhobener und oftmals lediglich unterstellter Vorwürfe sowie unter Folter erpresster „Geständnisse“, die keiner ausreichenden Beweissicherung unterzogen wurden, angeklagt und auch verurteilt worden waren: ohne Verteidigung in auf Russisch geführten Schnellverfahren, bei denen das Strafmaß bereits feststand. Zahlreiche SMT-Verurteilte wurden ab den 1990er Jahren durch die Militärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation aufgrund der nun getätigten Feststellung, dass die Verteilungen zu Unrecht erfolgt waren, strafrechtlich rehabilitiert.

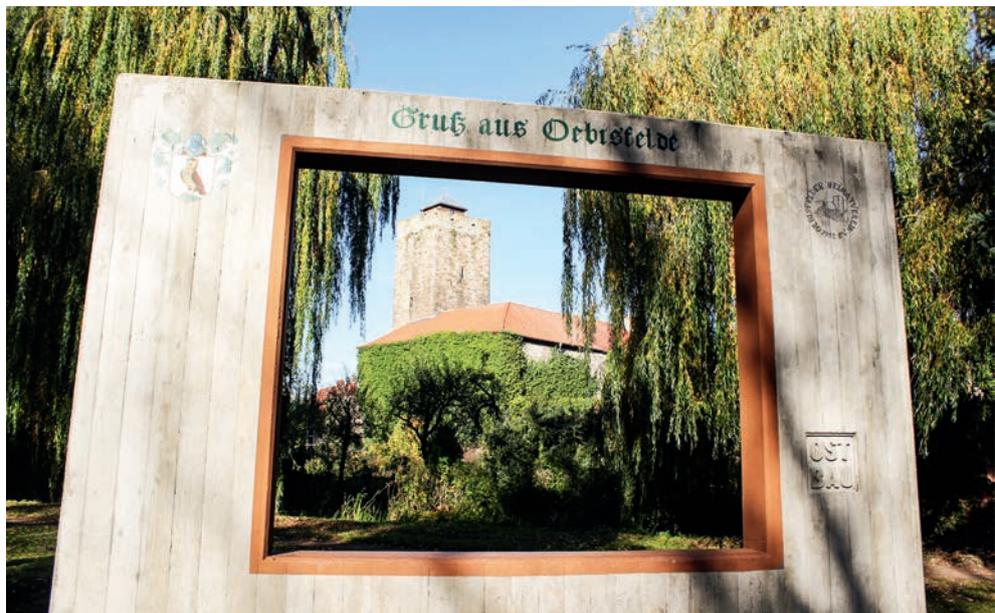
Dr. Daniel Bohse

Die ungekürzte Erstveröffentlichung erschien in: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung*, hrsg. von der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt, Nr. 1-2021, S. 146–152.

Oebisfelde-Weferlingen – Stadt, Flecken, Gemeinden

Die Einheitsgemeinde Oebisfelde-Weferlingen im Westen des Landkreises Börde gibt es erst seitdem Jahr 2010. Ihr fast 250 Quadratkilometer großes Terrain ist von jeher eine Grenzregion – in guten wie auch in schlechten Zeiten.

Mittelalterliche Burgen, interessante Architektur, engagierte Bewohner und Vereine, all das ist in Oebisfelde-Weferlingen zu entdecken – und alles umgeben von Wald und Naturschutzgebieten. Längst schon quält sich der Durchgangsverkehr im Westen nicht mehr durch die engen Straßen und Gässchen von Oebisfelde, sodass die Altstadt einen beschaulichen Eindruck macht. Drei Türme prägen die Silhouette des mittelalterlichen Städtchens im westlichen Teil des Landkreises Börde: die der St.-Katharinen- und der Nicolaikirche sowie des Bergfrieds der Burg Oebisfelde, eine der ältesten noch erhaltenen Sumpfburgen Europas.



Postkartenansicht mit Blick auf den wuchtigen Bergfried der Burg Oebisfelde.

Vor ihr begegnen sich gerade der heutige „Hausherr“ sowie wichtige Nutzer des beeindruckenden Gebäudekomplexes: Bürgermeister Hans-Werner Kraul, auf dem Weg von einer Außenstelle seiner Stadtverwaltung zum Rathaus am Markt, der bei einem kurzen Schwatz mit Ulrich Pettke, Vorsitzender, und Steffen Wetterling, Vorstandsmitglied des Heimatvereins Oebisfelde, aktuelle Informationen austauscht.

Dem 1992 mit gerade einmal 33 Mitgliedern gegründeten Heimatverein verdankt es die Stadt an der Aller, dass Gäste und Touristen informativ und interessant durch den historischen denkmalgeschützten Kern wandeln können. Der inzwischen gut 200 Mitstreiter zählende Verein hat unter anderem einen Altstadttrundweg kreiert, der zu mehr als zwanzig sehenswerten Gebäuden

und Objekten führt, an denen Schilder oder auch QR-Codes Neugierigen viel Wissenswertes erzählen. Der Weg führt vom Marktplatz, vorbei an dem auf einem Kragstein des Rathauses stehenden Roland, zum nachgebauten Braunschweiger Tor an der alten Stadtmauer, die als Teil der mittelalterlichen Stadtbefestigung noch weitgehend erhalten ist, und zum Goldackerturm. Benannt nach dem Münchener Karl Goldacker, der den Wachturm 1910 erwarb und zur Sommeridylle ausbaute, erkor ihn nach der Wende die Wolfsburger „Kochgilde“ zum Domizil für das gemeinsame Hobby und polierte den Bau zum schmucken Kleinod auf. Weiter entlang der alten Stadtmauer führt der Altstadtweg zu den beiden Kirchen der Stadt, vorbei

am einstigen Schulhaus und der alten Apotheke, über den vom Heimatverein angelegten Skulpturenpark bis zur trutzigen Burg.

Der Großteil ihrer heute vorhandenen Gebäude wurde im 13. bis ins frühe 18. Jahrhundert hinein erbaut. Der ein unregelmäßiges Dreieck bildende Burgkomplex gruppiert sich um zwei Höfe. Im kleineren der Hauptburg erhebt sich der um 1290 errichtete, ehemals freistehende Bergfried. Ulrich Pettke und Steffen Wetterling haben den Turmschlüssel dabei und begleiten uns über eine eiserne Treppe hinauf in 27 Meter Höhe, wo eine Plattform einen imposanten Rundumblick bietet – bei gutem Wetter bis zum Brocken. Damit



Links: Teil der Burganlage, der heute die Bibliothek der Stadt beherbergt.

Unten: Oebisfeldes Bürgermeister Hans-Werner Kraul, Burg- und Heimatmuseum Oebisfelde auf dem großen Burghof.



Neugierige alles ganz genau entdecken können, hat der Heimatverein dort oben extra ein Fernglas installieren lassen. Die rauchenden Schloten des VW-Kraftwerks in Wolfsburg sind indes mit bloßem Auge zu erkennen, ist die Volkswagenstadt doch nur einen Katzensprung entfernt.

Wie in einer anderen Welt und weit entfernt schien sie aber bis vor gut 30 Jahren vielen Einwohnern der Stadt zu sein. Als Marlis Hoffmann 1990 zum ersten Mal mit dem Zug von Oebisfelde in Richtung Wolfsburg fuhr, wunderte sie sich, dass die Fahrt so kurz war, dass sie gar nicht erst den Mantel auszuziehen brauchte, berichtet die Buchhändlerin. Sie war sechs Jahre alt, als sie im August

1961 eigentlich für ein paar Tage den Opa in Salzgitter besuchen sollte. Weil ihre Mutter aber „so ein komisches Gefühl“ hatte, behielt sie das Kind damals lieber daheim. Und am Tag darauf war die Grenze dicht ... Schnell gewöhnten sie und ihre Spielgefährten sich daran, dass am Stadtrand für sie die Welt zu Ende war, erinnert sich Buchhändlerin Marlis Hoffmann, ebenfalls im Vorstand des Heimatvereins.

Von der Grenze, für Jahrzehnte unmittelbar bei Oebisfelde, ist nichts mehr zu sehen. Ulrich Pettke und Steffen Wetterling erkennen aus luftiger Höhe des Bergfrieds aber noch genau den einstigen Verlauf der schier unüberwindlichen Grenzanlagen, vor denen bewaffnete

Soldaten patrouillierten. Vor deren einstiger Unterkunft weht heute nicht nur die Fahne Sachsen-Anhalts, sondern auch jene vieler Länder. Denn die ehemalige Kaserne wurde zum sich heute „Friedenspalast“ nennenden Seminarhotel, in dem Anhänger der Maharishi-Organisation für weltumspannenden Frieden beten.

Zum Meditieren kommen die Seminaristen mit dem Zug nach Oebisfelde. Der hiesige Bahnhof feierte gerade sein 150-jähriges Bestehen. 1871 mit dem Bau der Berlin-Lehrter Eisenbahn errichtet, wurde er bald zu einem wichtigen Verkehrsknoten, 1945 dann für lange Zeit zum Grenzbahnhof für Interzonenzüge. >>>



Blick auf die 25 Meter über dem Allertal gelegene Ruine der ottonischen Stiftskirche Walbeck an der „Straße der Romanik“.



Sanierter ehemaliger Wachturm (Goldackerturm) an der alten Stadtmauer

>>> Unweit des Bahnhofs hat der Heimatverein Oebisfelde dem „Hitlerjungen Salomon“ eine Gedenktafel gewidmet: dem in Israel lebenden Autor Sally Perel, der von 1945 bis 1947 in Oebisfelde wohnte, in der sowjetischen Kommandantur als Dolmetscher arbeitete und auf Lesetouren durch Deutschland auch vor Jugendlichen in Oebisfelde von seinen Erlebnissen in der Nazi-Zeit berichtete.

Doch zurück ins Zentrum des Ortes, dessen Ersterwähnung um die tausend Jahre zurückliegt. Die einst wehrhafte Sumpfburg Oebisfelde hatte im Laufe der Zeit mehrere Besitzer. Heutige Eigentümerin des historischen Ensembles ist die Stadt Oebisfelde-Weferlingen, die in einem der sanierten Hauptgebäude über einen attraktiven Sitzungssaal verfügt. Der ebenfalls renovierte Rittersaal wird für diverse Veranstaltungen genutzt. In einem weiteren Gebäude hat die Bibliothek Oebisfeldes ihr Domizil und das ehemalige Gesindehaus wurde vom Heimatverein mit viel Eigenleistung seiner Mitglieder zum Museum

umgestaltet. Große und kleine Besucher können auf rund 600 Quadratmeter Ausstellungsfläche eintauchen in längst vergangene Zeiten, in den über vier Etagen verteilten Dauerausstellungen viel über die wechselvolle Geschichte der Burg sowie das Alltagsleben früherer Generationen erfahren. Ein Teil des Museums vermittelt anhand originaler Modelle und Fotos einen Eindruck von den Grenzsperranlagen während der deutschen Teilung.

Kurz hinter der Wohnbebauung Oebisfeldes, in der Mitte einer Brücke über die Aller, verläuft seit eh und je eine Grenze: einst die zwischen dem Königreich Preußen und dem Herzogtum Braunschweig, heute die zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen und 40 Jahre lang die zwischen beiden deutschen Staaten. Während im November 1989 diese Trennlinie vielerorts nach und nach endlich wieder durchlässig wurde, blieb sie für Bewohner der größten DDR-Grenzstadt noch eine Weile verschlossen. Erst auf Druck der Bürger wurde die Jahrzehnte vernachlässigte

Brücke wieder befahrbar gemacht und der Grenzübergang Oebisfelde an der Straße B 188 dann endlich am 26. November 1989 eröffnet. Daran erinnert nicht nur das übliche braune Schild, sondern direkt neben der Aller-Brücke ein von dem in Oebisfelde aufgewachsenen Künstler Manfred Richard Böttcher geschaffenes Mahnmahl.

Zwar sind Brücke und Straße nicht mehr so stark befahren, seit es die Umgehungsstraße gibt, doch sei hier wie in der gesamten Region eindrucksvoll erkennbar, wie wichtig und richtig die Überwindung der Teilung Deutschlands 1989/90 war, meint Bürgermeister Hans-Werner Kraul. „Die direkte Nachbarschaft zu Niedersachsen, insbesondere zum Wirtschaftsmotor Wolfsburg, ist ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil, den die Menschen gern nutzen“, weiß er und verweist auf eine Infrastruktur, die seine Doppelstadt Oebisfelde-Weferlingen zu einem familienfreundlichen Lebensbereich mache. Davon zeugen Gymnasium, Sekundarschule, vier Grundschulen, zahlreiche Kitas so-

wie Senioreneinrichtungen, zählt er auf. Das flächendeckend vorhandene Vereinsleben gewährleiste, dass trotz der 2010 erfolgten Fusion der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaften Oebisfelde und Weferlingen das jeweils Typische der Ortsteile – eine Stadt, ein Flecken und 14 dörfliche Gemeinden – erhalten bleibe.

Der rührige Heimatverein Oebisfelde wurde im vergangenen Jahr in der Kategorie „Lebensfreude in Stadt und Land“ gar mit dem Demografiepreis Sachsen-Anhalt geehrt. Mit Initiierung des Altstadt- sowie eines Allerrundweges habe der Verein einen Mehrwert für die Region geschaffen, meinten die Juroren, sei die Lebensqualität für Menschen aller Altersgruppen positiv verändert worden. Dass sich die Burg Oebisfelde in den vergangenen Jahren zum kulturellen Mittelpunkt der Stadt entwickelt habe, sei aber nicht nur Verdienst des Heimatvereins, betont Ulrich Pettke und lobt Engagement und Initiativen des Vereins Castrum. Der benannte sich nicht nur nach Castrum für Festung oder Burg, sondern haucht der hiesigen viel buntes Treiben ein, organisiert Konzerte, Feste und Märkte. Zwar fällt der Weihnachtsmarkt im alten Gebäudeensemble auch in diesem Jahr Corona zum Opfer, doch auf den obersten Ecken des Bergfrieds lässt der Castrum-Verein 2021 wieder überdimensionale Adventskerzen installieren.

Ist die Pandemie endlich einmal vorbei, werden sicher auch Ulrich Pettke und Mitstreiter vermehrt wieder in historische Trachten schlüpfen, Touristen und Schulklassen durch ihre Stadt begleiten, mit ihnen die 131 Stufen und 27 Höhenmeter bis zur Aussichtsplattform des Burgfrieds erklimmen, der im 20. Jahrhundert für einige Jahrzehnte auch als städtischer Wasserturm genutzt wurde, und durch das Burg- und Heimatmuseums führen. Sorge bereitet dem Verein derzeit der Zustand des Dachs in dem von ihm genutzten Gebäudetrakt. Für die dringend erforderliche Sanierung

fehlen nicht nur Fördergelder, sondern in der Stadtkasse auch die dafür nötigen Mittel zur Kofinanzierung. Etwas könnte ja auch der Verein beisteuern, meint Vorsitzender Ulrich Pettke. Er, Steffen Wetterling und Marlis Hoffmann, die in ihrer Buchhandlung am Markt auch Informationen für Touristen bereithält, hoffen, dass auch Oebisfelde einmal eine Station an Sachsen-Anhalts Straße der Romanik wird, denn Zeugnisse aus der Romanik-Epoche habe man hier viele zu bieten.

Romanik trägt indes schon ein Ortsteil von Oebisfelde-Weferlingen im Wappen: Walbeck mit der Ruine der dortigen Stiftskirche. Diese thront 25 Meter über der Aller, in landschaftlich schöner Gegend am Rande des Lappwalds. Dort befand sich im Mittelalter die Burg der Grafen von Walbeck, einem bedeutenden sächsischen Adelsgeschlecht. Die Grablage des Stifters, eines der wenigen erhaltenen fürstlichen Grabmäler aus ottonischer Zeit, wird in der Dorfkirche in Walbeck verwahrt.

Eine reiche Grabkapelle, die des Markgrafen Friedrich Christian von Brandenburg, birgt auch die St.-Lamberti-Kirche im nicht weit entfernten Weferlingen. Wie in Oebisfelde gibt es in dieser Ortschaft eine ehemalige Burg, die jedoch nur als Ruine erhalten blieb. Erkundet werden kann indes auch in Weferlingen der Bergfried mit seiner Aussichtsplattform in 28 Metern Höhe.

Nicht nur Romanik, auch Barock hat die Stadt Oebisfelde-Weferlingen zu bieten – zum Beispiel in Seggerde im Allertal. Das dortige Schloss, eine spätbarocke Dreiflügelanlage, befindet sich auf dem Gelände einer mittelalterlichen Wasserburg und ist umgeben von einem großen Gutspark.

Doch nicht nur mit Historie, Architektur und Kultur kann die Einheitsgemeinde punkten, sondern reichlich auch mit Natur. Teile des Drömlings liegen in der Stadt, deren Gebiet von den Flüssen Aller, Ohre und Spetze tangiert wird. Das beeindruckende Naturparadies des Drömlings bildet mit gut 300 Quadratkilometern eines der größten Niedermoorgebiete Deutschlands. Sein heutiges Erscheinungsbild entstand durch die menschliche Nutzung, als im 18. Jahrhundert auf Weisung Friedrichs des Großen die Natur- in eine Kulturlandschaft umgewandelt wurde. Durch die großflächige Anlage von Entwässerungskanälen und Gräben, Moordammkulturen und den Bau des Mittellandkanals entstand in den vergangenen zwei Jahrhunderten ein umfangreiches Gewässernetz. Der Naturpark Drömling, dessen Verwaltung in Oebisfelde ihren Sitz hat, gilt wegen der ihn durchziehenden 1 725 Kilometer Wasserläufe auch als „Land der tausend Gräben“, einem Rückzugsgebiet für viele seltene oder vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Gudrun Oelze



Mauer-Denkmal an der früheren innerdeutschen Grenze.

Der unterschätzte Osten – Neubewertung nach dreißig Jahren

Die Autorin Cerstin Gammelin, selbst DDR-sozialisiert, findet viele Anzeichen für eine Emanzipation des Ostens. So sind zum Beispiel flächendeckende frühkindliche Betreuung, Medizinische Versorgungszentren, vollzeitarbeitende Mütter, Kenia-Koalitionen und ein moderierender Politikstil im Osten längst Realität. Dennoch wird der Osten noch immer unterschätzt. Die ostdeutschen Bundesländer werden in aktuellen Debatten oft ausgeblendet oder auf die AfD, die rechte Szene oder Ostalgie reduziert. Das hat die Autorin inspiriert, dieses Buch zu schreiben. Dazu führte sie Gespräche mit den Regierenden der neuen Länder, mit Unternehmen, Wissenschaftlern, Kreativen und Bürgern. Sie alle sind davon überzeugt, wie wichtig es ist, die Realität im Land neu zu erzählen – und zwar paritätisch und nicht aus der Sicht des Westens. Diese Menschen streiten dafür, die bestehenden Ungleichheiten im Osten unter anderem durch Förderung von Eigentum, eine gerechte Steuerpolitik und eigene Eliten in Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur und Behörden zu beenden. Cerstin Gammelin versammelt in ihrem lesenswerten und interessanten Buch Geschichten und Analysen zu einer Neubewertung des Ostens und fordert, dass den notorisch Unterschätzten dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung endlich eine Stimme gegeben wird.

Beate Grau

Cerstin Gammelin: Die Unterschätzten. Wie der Osten die deutsche Politik bestimmt. Berlin: Econ, 2021.



Der Staat steht in der Pflicht: Hasskriminalität ahnden

Dieses Buch handelt von antisemitischer Gewalt und der völlig unzureichenden Antwort des Staats darauf. Der Jurist Ronen Steinke legt eine gleichermaßen beeindruckende wie erschreckende Bilanz angedrohter und vollzogener Gewalt gegenüber jüdischen Menschen und Einrichtungen vor, an die sich Staat und Gesellschaft gewöhnt zu haben scheinen. Der Autor unterlegt diese These mit einer Vielzahl eindrucksvoller Beispiele. Häufig werden Anzeigen und sogar gewalttätige Bedrohungen von staatlichen Stellen verharmlost oder beschönigt, jüdische Opfer fühlen sich allein gelassen. Durch dieses Versagen entsteht ein riesiges Dunkelfeld für antisemitische Hasskriminalität und letztlich ein Raum der Straflosigkeit für potenzielle Täter. Ronen Steinke betont, dass sich viel ändern muss in Deutschland. Was zu tun ist, zeigt und erklärt dieses Buch.

Michael Rahmfeld

Ronen Steinke: Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage. Berlin/München: Berlin-Verlag, 2020, 3. aktualisierte Auflage.



Mit Abstand von dreißig Jahren: Erinnerung an eine Wiedergründung

Mit dem Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde auch das Land Sachsen-Anhalt wiedergegründet. Es wies dabei einige Besonderheiten gegenüber den anderen neuen Bundesländern auf. Da Sachsen-Anhalt lediglich von 1945–1952 bestand, existierte nur eine schwache Landestradiation. Auch ein ausgeprägtes Landesbewusstsein hatte sich daher nicht entwickelt. Das vorliegende Buch spiegelt die 30-jährige Landesgeschichte seit der Wiedervereinigung wider. Zwanzig Frauen und Männer, darunter Landtagsabgeordnete der ersten Stunde, ehemalige Ministerpräsidenten und der Landesprecher für Sachsen-Anhalt, erzählen mit einem Abstand von dreißig Jahren von ihren Eindrücken, Erlebnissen und persönlichen Empfindungen in der Zeit der Wiedergründung des Landes. Dadurch werden einem die frühen Jahre des wieder entstandenen Landes Sachsen-Anhalt nahegebracht und man bekommt bislang unbekannte oder unbeachtet gebliebene Einblicke in diese Zeit. Interessant ist auch die Verknüpfung der Präsentation lebendiger und persönlicher Beiträge zur Landesgeschichte mit historischen Quellen besonderer Art.

Beate Grau

Maik Reichel, Mathias Tullner (Hrsg.): Sachsen-Anhalt – Das besondere Bundesland an der Mittelelbe. Erinnerungen an ein wieder entstandenes Land. Wettin-Löbejün: Stekovics, 2021.



Interessante Theorien: Höflichkeit aus linguistischer Sicht

Was bedeutet eigentlich höfliches Verhalten bzw. höfliche Kommunikation konkret im Alltagsleben? Häufig wird deren Fehlen erst dann bewusst, wenn wir meinen, durch andere Menschen unhöflich behandelt zu werden. Das vorliegende Werk behandelt Höflichkeit umfassend aus linguistischer Sicht und stellt die wichtigsten darauf bezogenen sprachwissenschaftlichen Theorien vor. Berücksichtigt werden dabei auch Verflechtungen mit Nachbardisziplinen. Besonders interessant erscheinen dabei die Phänomene und Erkenntnisse im Hinblick auf die Kommunikation innerhalb der neuen sozialen Medien.

Michael Rahmfeld

Claus Ehrhardt, Eva Neuland: Sprachliche Höflichkeit. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag/utb, 2021.

DIE LANDTAGSBIBLIOTHEK

... ist eine wissenschaftliche Spezialbibliothek, die auch für Bürgerinnen und Bürger nutzbar ist. Die Sammelschwerpunkte umfassen die Bereiche Recht, Politik, Parlamentarismus, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde.

Neben dem umfangreichen Literatur- und Zeitschriftenbestand stehen komfortable Arbeitsmöglichkeiten im Lesesaal zur Verfügung.

Öffnungszeiten (nicht an Feiertagen)
Mo.–Do., 8–16.30 Uhr, Fr. 8–15 Uhr

Kontakt

Telefon: 0391 560-1135

E-Mail: bibliothek@lt.sachsen-anhalt.de

Häusliche Gewalt nimmt zu

Jede dritte Frau in Deutschland wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer körperlicher oder sexueller Gewalt. Das belegen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Und während der Pandemie wird es nicht besser.



Der Landtagspräsident sprach beim Gedenken am Tag gegen Gewalt an Frauen.



Eva von Angern, Vorsitzende des Landesfrauenrats, forderte mehr Sensibilität und Hilfe ein.

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen am 25. November haben der Landesfrauenrat und der Landtag traditionell auch in diesem Jahr zu einer gemeinsamen Gedenkstunde eingeladen. Gemeinsam mit der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, Petra Grimm-Benne, Vertreterinnen des landesweiten Netzwerks für ein Leben ohne Gewalt und den Abgeordneten des Landtags sollte damit ein deutliches Zeichen gegen geschlechtsspezifische Gewalt gesetzt werden.

Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger betonte als Schirmherr: „Mit Worten können wir auf die Missstände in der Gesellschaft hinweisen und Taten folgen lassen. Denn nur wenn die Probleme offen benannt werden und um Lösungen gerungen wird, können Dinge sich ändern.“ Verharmlosungen der Taten ähnelten einem Wegschauen. Es gelte, die in unserem europäischen

Kulturkreis lange errungene Selbstbestimmtheit der Frau zu schützen und zu verteidigen, so Schellenberger.

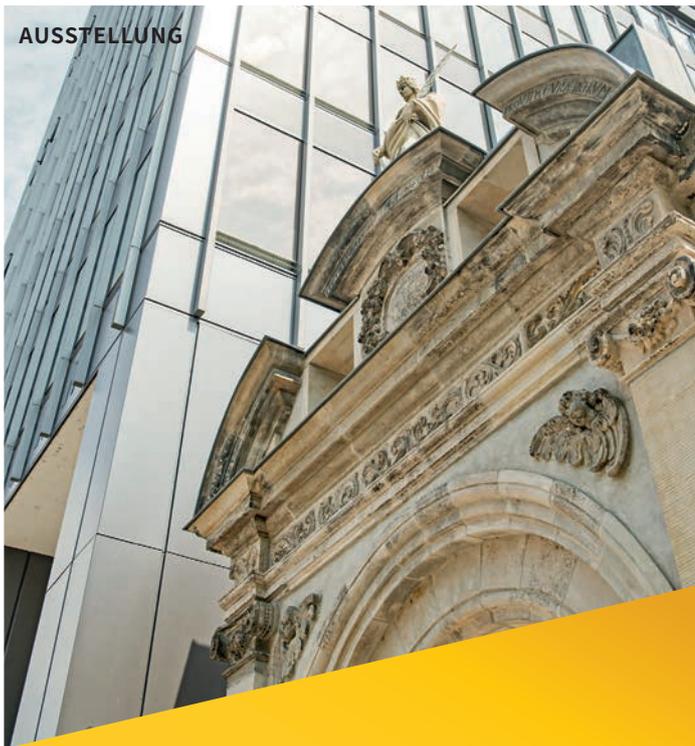
Frauen- und Gleichstellungsministerin Petra Grimm-Benne unterstrich unmissverständlich, dass keine Art von Gewalt toleriert werden dürfe. Außerdem verwies sie in ihrer Rede auf das bereits bestehende landesweite Beratungs- und Hilfesystem für Frauen. Dieses sei während der Corona-Pandemie mit besonders großen Herausforderungen konfrontiert. Die Ministerin dankte allen Akteurinnen und Akteuren, die sich seit Jahren für Frauen einsetzten, die von Gewalt betroffen sind. Am Rande der Gedenkstunde berichteten einige dieser Akteurinnen schlaglichtartig von ihrer herausfordernden, aber so wichtigen täglichen Arbeit. Grundsätzlich seien die Hürden für Frauen, gegen häusliche Gewalt vorzugehen, immer noch zu hoch, erklärte der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e.V. Opfer von häuslicher Gewalt

seien zu über 80 Prozent Frauen – und zwar Frauen aller sozialen Schichten.

„Diese Zahlen sind alarmierend und steigen während der Corona-Pandemie weiter an“, warnten die Vertreterinnen des Landesweiten Netzwerks für ein Leben ohne Gewalt im Rahmen der Gedenkstunde. Frauen mit Gewalterfahrungen benötigten zudem schnelle und umfangreiche Unterstützung. Dazu erklärte Eva von Angern, Vorsitzende des Landesfrauenrats: „Wir brauchen eine Gesellschaft, die aufmerksam sowie sensibel für diese Themen sein muss und Frauen Hilfe bietet, die Gewalt erfahren haben. Auch in Zeiten der Krise müssen die Beratungsangebote sowie die Frauenhäuser im Land weiter ausfinanziert werden.“ Seit 1981 organisieren Menschenrechtsorganisationen weltweit den Gedenktag, an dem die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Frauen und Mädchen thematisiert wird.

Stefanie Böhme

AUSSTELLUNG



„VERWEILEN ZWISCHEN (T)RAUM UND WIRKLICHKEIT“ NEUE FOTOGRAFIEN VON MAGDEBURGS MITTE // AUF RUHESUCHE – CYANOTYPEN

22. FEBRUAR BIS 13. APRIL 2022

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist beim Reisen eine Tendenz hin zu Langsamkeit, Heimat, Nähe und Geborgenheit zu spüren. Immer wichtiger in Urlaub und Freizeit werden Spazieren, Schauen und Entdecken. Die Fotografien von Henning Kreitel aus dem jüngsten Buch „Magdeburgs Mitte. Ein Spaziergang vom Dom bis an die Elbe“ sind eindrucksvoller Beleg für diese Veränderung. Das Buch lässt Gäste wie Einheimische in die Struktur und Geschichte der Handels- und Residenzstadt Magdeburg eintauchen und fesselt durch faszinierende Stadtansichten.

In der zweiten Ausstellung von Henning Kreitel „Auf Ruhesuche – Cyanotypien“ sind versteckt anmutende Plätze in Berliner Parkanlagen zu sehen, die – obwohl öffentlich zugänglich – nicht von jedem wahrgenommen werden. Diese Rückzugsorte dienen als „Ladestationen“, um wieder Energie zu tanken und vom stressigen Stadtalltag abzuschalten. Die Cyanotypie, auch als Eisenblaudruck bekannt, ist ein altes fotografisches Edeldruckverfahren aus dem 19. Jahrhundert mit einem charakteristischen blauen Farbton, der „Preußisch“, auch „Berliner Blau“ genannt wird.

AUSSTELLUNG



SHARED HISTORY – 1700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IM DEUTSCHSPRACHIGEN RAUM

18. JANUAR BIS
25. FEBRUAR 2022

Die Wanderausstellung des Leo-Baeck-Instituts ist Teil des Projekts Shared History und beleuchtet schlaglichtartig die individuellen und kollektiven Erfahrungen, die jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum über Jahrhunderte prägten. Sie berichtet von Diskriminierung, Ausgrenzung und Entrechtung auf der einen Seite, aber auch von Akzeptanz, Akkulturation und gesellschaftlichem Aufstieg auf der anderen Seite. Gezeigt wird dies anhand ausgewählter Objekte, die zunächst mitunter unscheinbar anmuten, wie beispielsweise ein Paar Augengläser. Jedes dieser Objekte berichtet jedoch eindrücklich von den Mühen und physischen Strapazen, die sich hinter emanzipatorischen Kraftakten verbergen.

Die Ausstellung schildert die Vielstimmigkeit deutsch-jüdischen Lebens sowie die erlebte und erfahrene Shared History von gesellschaftlicher Minder- und Mehrheit sowohl in ihren Glanzzeiten als auch in ihren schrecklichsten Momenten. Zugleich schärft sie damit den Blick für aktuelle Chancen und Herausforderungen der multikulturellen Lebenswelten Deutschlands, in denen Familienbiografien sich zunehmend durch Migration, Mehrsprachigkeit und mehrschichtige Identitäten auszeichnen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Weihnachten bringt uns Licht in die dunkle Jahreszeit. Ich freue mich über den Zauber der Lichterwelt vor unserem Landtag. Die letzten Tage des Jahres nutzen wir gern, um innezuhalten, um Ruhe zu finden, um gemeinsame Zeit mit Familie und Freunden zu verbringen.

Das zurückliegende Jahr war für viele Menschen in unserem Land, ob für ältere Mitmenschen oder junge Familien, mit neuen Hindernissen und Belastungen verbunden.

Vor allem in Zeiten der Corona-Pandemie ist es wichtig, dass es nicht nur äußerlich hell wird, sondern dass wir uns auch neu öffnen für unsere Mitmenschen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu danken, die sich im zurückliegenden Jahr mit seinen großen Herausforderungen zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt und solidarische Hilfe geleistet haben.

Ihnen und Ihrer Familie wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest.

Gehen Sie mit Zuversicht und gutem Mut in ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Ihr
Dr. Gunnar Schellenberger
Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt

